

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht

Band 356

Der Güterichter im Arbeitsrecht

Von

Anika Sonnenberg



Duncker & Humblot · Berlin

ANIKA SONNENBERG

Der Güterichter im Arbeitsrecht

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Matthias Jacobs, Hamburg

Prof. Dr. Rüdiger Krause, Göttingen

Prof. Dr. Sebastian Krebber, Freiburg

Prof. Dr. Thomas Lobinger, Heidelberg

Prof. Dr. Markus Stoffels, Heidelberg

Prof. Dr. Raimund Waltermann, Bonn

Band 356

Der Güterichter im Arbeitsrecht

Von

Anika Sonnenberg



Duncker & Humblot · Berlin

Die Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft Hamburg
hat diese Arbeit im Jahre 2018 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2019 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Druck: CPI buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0582-0227
ISBN 978-3-428-15665-8 (Print)
ISBN 978-3-428-55665-6 (E-Book)
ISBN 978-3-428-85665-7 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinen Eltern
Friederike und Thomas*

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Juli 2018 von der Bucerius Law School zu Hamburg als Dissertation angenommen. Sie entstand während meiner Zeit am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht sowie während eines Forschungsaufenthalts an der University of Cambridge. Die mündliche Prüfung fand am 13. Dezember 2018 statt. Neuerscheinungen wurden bis Januar 2019 berücksichtigt.

Mein besonderer Dank gilt Professor Matthias Jacobs, der diese Arbeit betreut und mir bei der Auswahl des Themas sowie bei dessen Ausarbeitung alle nötigen Freiheiten gelassen hat. Für die Aufnahme in diese Schriftenreihe danke ich neben Professor Jacobs auch den Professoren Krause, Krebber, Lobinger, Stoffels und Waltermann. Weiterhin danke ich Professor Hanns Prütting, der das Zweitgutachten in kürzester Zeit erstellt hat.

Professor Holger Fleischer, für den ich während der Erstellung dieser Arbeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig war, bin ich für die Ausbildung und Inspiration, die er mir als Mitglied seines Teams hat zuteil werden lassen, verbunden. Gedankt sei ferner dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht sowie der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung, Hamburg, für Zuschüsse zu den Druckkosten.

Mein ganz besonderer Dank gilt Johannes Liefke, der diese Arbeit vom ersten Gedanken bis zum letzten Strich mit Wissen und Zuspruch begleitet und mir bei alledem Halt gegeben hat. Zu guter Letzt danke ich meinen Eltern, deren Unterstützung ich mir – nicht allein während der Erstellung dieser Arbeit, sondern während meiner gesamten Ausbildung – jederzeit sicher sein konnte. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Hamburg, Februar 2019

Anika Sonnenberg

Inhaltsübersicht

1. Teil

Grundlegung – Geschichte, dogmatische Einordnung und Theorie des Ermessens 25

§ 1 Einführung	25
§ 2 Tour d’horizon durch die Ideengeschichte zum Güterichter	31
§ 3 Prozessuale Verankerung des Güterrichters	66
§ 4 Richterliches Ermessen bei der Verweisung vor den Güterrichter	82

2. Teil

Analyse – Kriterien der Verweisung vor einen Güterrichter 113

§ 5 Kleines Plädoyer für Kriterienkataloge	114
§ 6 Materielle Verweiskriterien	118
§ 7 Formelle Verweiskriterien	179
§ 8 Funktionelle Verweiskriterien	202

3. Teil

Zusammenschau – Systematisierung, Optimierung und Schlussbetrachtung 282

§ 9 Systematisierung der Verweiskriterien	282
§ 10 Rechtspolitische Handlungsfelder	299
§ 11 Thesen	312
Literaturverzeichnis	317
Stichwortverzeichnis.....	343

Inhaltsverzeichnis

1. Teil

Grundlegung – Geschichte, dogmatische Einordnung und Theorie des Ermessens 25

§ 1 Einführung	25
A. Einordnung in den Stand der Forschung	25
B. Terminologie	26
C. Forschungsziele und -methodik	28
D. Umgrenzung und Gang der Untersuchung	28
§ 2 Tour d’horizon durch die Ideengeschichte zum Güterichter	31
A. Ideengeschichte des Gütegedankens	31
I. Begriff der Güte	31
II. Entwicklungslinien des Gütegedankens	31
III. Gütegedanke im Arbeitsrecht	34
B. Ideengeschichte der Mediation	35
I. Begriff der Mediation	35
II. Entwicklungslinien der Mediation	36
III. Abgrenzung der Mediation zu benachbarten Konfliktbeilegungs- verfahren	40
1. Schlichtungsverfahren	41
2. Schiedsverfahren und -gutachten	42
IV. Konvergenz von Mediation und Gütegedanken	44
C. Genese des Güterichters	46
I. Erprobungsphase in State Laboratories	46
II. Kodifizierung des Güterichters	47
III. Verfahren vor dem Güterichter	48
1. Teilnehmer	49
a) Güterichter, Parteien und Dritte	49
b) Anwaltszwang?	50
2. Struktureller Ablauf	53
3. Verfahrensgrundsätze	56
a) Eigenverantwortlichkeit und Freiwilligkeit	56
b) Fehlende Entscheidungsbefugnis und Ergebnisoffenheit	57
c) Vertraulichkeit	58

d) Neutralität, Unabhängigkeit oder Allparteilichkeit?	59
e) Informiertheit	60
4. Konfliktbeilegungstechniken	60
IV. Rechtsrealität des Güterrichters	61
D. Ergebnis	65
§ 3 Prozessuale Verankerung des Güterrichters	66
A. Weichenstellung durch den Spruchrichter	66
B. Prozessuale Folgen der Verweisung vor den Güterrichter	67
C. Dogmatische Einordnung der Güterrichteraufgabe	68
I. Güterrichteraufgabe als alternative Konfliktbeilegung	69
II. Güterrichteraufgabe als Rechtsprechung	71
1. Güterrichteraufgabe als Rechtsprechung im formellen Sinn	72
2. Güterrichteraufgabe als Rechtsprechung im funktionellen Sinn	73
3. Güterrichteraufgabe als Rechtsprechung im materiellen Sinn	74
III. Güterrichteraufgabe als andere Aufgabe gemäß § 4 Abs. 2 DRiG	78
1. Verwaltungsaufgabe gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 1 DRiG	78
2. Sonstige richterliche Aufgabe gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 DRiG	79
D. Ergebnis	80
§ 4 Richterliches Ermessen bei der Verweisung vor den Güterrichter	82
A. Annäherung an den Begriff richterlichen Ermessens	82
I. Legaldefinition?	82
II. Sprachlich-grammatisches Grundverständnis	83
III. Verständnis in der Rechtsprechung	85
IV. Verständnis in der Rechtswissenschaft	86
V. Vereinbarkeit mit dem Gewaltenteilungsprinzip	87
B. Art und Umfang des Ermessens bei der Verweisung	88
I. Entschließungsermessen bei der Verweisung	88
1. Abstrakt: Feststellung eines Ermessensspielraums	89
2. Konkret: Entschließungsermessen bei § 54 Abs. 6 Satz 1 ArbGG	90
II. Auswahlermessen bei der Verweisung	91
1. Vorgaben für den Güterrichter im Geschäftsverteilungsplan	91
a) Bedeutung des Gebots des gesetzlichen Richters für die Geschäftsverteilung	92
b) Anwendbarkeit des Gebots des gesetzlichen Richters auf den Güterrichter?	94
c) Konsequenzen für den Geschäftsverteilungsplan	97
d) Vereinbarkeit mit dem Gebot des gesetzlichen Richters	99
2. Einverständniserfordernis des avisierten Güterrichters mit seiner Zuteilung?	99

a)	Erforderlichkeit des Einverständnisses gemäß § 21e GVG ...	100
b)	Teleologische Begründbarkeit eines Einverständniserfordernisses	101
C.	Ermessensfehler bei der Verweisung	102
I.	Verwaltungsrechtliche Ermessensfehlerlehre am Arbeitsgericht?	103
II.	Mögliche Ermessensfehler bei der Verweisungsentscheidung	105
III.	Justitiabilität der Verweisungsentscheidung?	105
1.	Bedürfnis nach einer Überprüfbarkeit der Verweisung	105
2.	Ausschluss der Überprüfbarkeit analog §§ 172 Abs. 2 SGG, 146 Abs. 2 VwGO?	106
3.	Überprüfbarkeit mittels einer sofortigen Beschwerde?	109
a)	Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	109
b)	Konkrete Beschwerdemöglichkeit analog § 252 ZPO	110
D.	Ergebnis	111

2. Teil

Analyse – Kriterien der Verweisung vor einen Güterichter	113
---	-----

§ 5 Kleines Plädoyer für Kriterienkataloge	114
---	-----

§ 6 Materielle Verweiskriterien	118
--	-----

A.	Abstrakte Eignungskriterien für eine Verweisung	119
I.	Objektive Kriterien	119
1.	Dispositionsbefugnis	119
2.	Machtungleichgewicht	123
3.	Komplexität	126
4.	Unwägbarkeiten	128
5.	Streit- oder Gegenstandswert?	129
II.	Subjektive Kriterien	131
1.	Verhandlungsbereitschaft und Eigenverantwortlichkeit	131
2.	Außerrechtliche Interessen	132
3.	Emotionalität	135
4.	Überoptimismus	136
5.	Vertraulichkeit	137
III.	Fazit	138
B.	Konkrete Eignung arbeitsrechtlicher Konflikte für eine Verweisung	138
I.	Einsatzmöglichkeiten für den Güterichter im Individualarbeitsrecht	139
1.	Anbahnung und Begründung eines Arbeitsverhältnisses	139
2.	Bestehendes Arbeitsverhältnis	140
a)	Entgelt	141
b)	Fehlverhalten und mangelhafte Leistung	141

c)	Diskriminierung, Mobbing und sexuelle Belästigung	142
d)	Teilzeit	144
e)	Urlaub	145
f)	Veränderung des Aufgabengebiets	145
3.	Streitige Beendigung eines Arbeitsverhältnisses	146
4.	Nachgang zur Beendigung eines Arbeitsverhältnisses	148
5.	Zusammenfassung	149
II.	Einsatzmöglichkeiten für den Güterrichter im Betriebsverfassungsrecht	149
1.	Grundsätze für die Zusammenarbeit	152
2.	Rechtsstreitigkeiten	153
a)	Statuskonflikte	153
b)	Freistellung für Schulungs- und Bildungsveranstaltungen ...	153
c)	Freistellung von Betriebsratsmitgliedern	154
d)	Kosten- und Sachaufwand des Betriebsrats	154
aa)	Kostentragungspflicht	155
bb)	Sachaufwand im Einzelfall	156
e)	Bestehen mitbestimmungsfreier Tatbestände	156
3.	Regelungsstreitigkeiten	156
a)	Vorüberlegungen	157
aa)	Konsequenzen aus dem Einigungsstellenverfahren	157
bb)	Problem der Koppelungsgeschäfte	159
b)	Soziale Angelegenheiten	159
aa)	Bestehen erzwingbarer Mitbestimmungsrechte	160
bb)	Regelung mitbestimmungspflichtiger Angelegenheiten ..	160
cc)	Regelung mitbestimmungsfreier Angelegenheiten	161
c)	Technisch-organisatorische Angelegenheiten	162
d)	Personelle Angelegenheiten	162
aa)	Regelung mitbestimmungsfreier Angelegenheiten	162
bb)	Allgemeine personelle Maßnahmen	163
(1)	Stellenausschreibungen	163
(2)	Auswahlrichtlinien	163
cc)	Berufsbildung	164
dd)	Kündigungen	165
e)	Wirtschaftliche Angelegenheiten	166
aa)	Unterrichtungs- und Beratungsanspruch	167
bb)	Interessenausgleich	167
cc)	Sozialplan	168
4.	Zusammenfassung	169
III.	Einsatzmöglichkeiten für den Güterrichter im Tarifrecht	169
1.	Tariffähigkeit und Tarifzuständigkeit	170

2.	Rechtsstreitigkeiten	171
a)	Streitigkeiten über den normativen Teil	172
aa)	Rechtsgültigkeit von Tarifnormen	172
bb)	Auslegung normativer Tarifbestimmungen	173
b)	Streitigkeiten über den schuldrechtlichen Teil	173
aa)	Friedenspflicht	174
bb)	Durchführungspflicht	175
cc)	Auslegung schuldrechtlicher Bestimmungen	175
3.	Regelungsstreitigkeiten	176
4.	Zusammenfassung	177
IV.	Fazit	177
C.	Ergebnis	178
§ 7	Formelle Verweiskriterien	179
A.	Verzögerung der Verfahrensbeendigung	179
I.	Eintritt einer Verzögerung durch das Güterichterverfahren	179
II.	Vereinbarkeit mit dem Beschleunigungsgrundsatz	180
B.	Einverständnis der Parteien	184
I.	Verweisung während des Gütetermins oder aus der Kammer- verhandlung	185
II.	Verweisung vor Beginn des Gütetermins	185
1.	Argumente für die Erforderlichkeit des Einverständnisses	185
2.	Würdigung und Ablehnung eines Einverständniserfordernisses ...	188
3.	Rückausnahme bei Vorliegen eines wichtigen Grundes	192
C.	Stellungnahme in der Klageschrift	192
I.	Kleines ABC der Stellungnahme gemäß § 253 Abs. 3 Nr. 1 ZPO	193
1.	Regelungsgehalt	193
2.	Verhältnis zu § 15a EGZPO	195
II.	Auswirkungen der Stellungnahme auf die Verweisungsentscheidung	197
1.	Angabe der Konfliktgeschichte	197
2.	Angabe von Gründen	198
3.	Fehlende Angabe	199
4.	Besonderheit arbeitsrechtlicher Klagefristen	200
D.	Ergebnis	200
§ 8	Funktionelle Verweiskriterien	202
A.	Einführung in die Vergleichsmethodik	202
I.	Vergleichende Methode	203
II.	Komponenten eines Vergleichs	206
1.	Gütetermin nach § 54 Abs. 1 ArbGG	206
2.	Vorschlagsrecht nach § 54a ArbGG	207

III.	Vergleichszeitraum	209
1.	Zeitliche Scheidepunkte für die Verfahrenswahl	209
2.	Rechtliches Stufenverhältnis zwischen Verweisungs- und Vorschlagsrecht	212
IV.	Fazit	214
B.	Rahmenbedingungen der Verfahren im Vergleich	214
I.	Zeitliches Potenzial	215
1.	Bedeutung des Zeitfaktors im Arbeitsrecht	215
2.	Zeitliche Kapazitäten im Vergleich	216
II.	Örtliche Gegebenheiten	217
III.	Methodisches Portfolio	218
1.	Methodenfreiheit des Güterrichters	218
2.	Berechtigung des Güterrichters zur Entscheidung von Streitfragen	219
3.	Methodenwahl in einer außergerichtlichen Konfliktbeilegung	220
IV.	Gegenstände der Verhandlungen	222
1.	Vergleich mit dem Gütetermin	222
2.	Vergleich mit der außergerichtlichen Konfliktbeilegung	223
V.	Gewährleistung von Vertraulichkeit	224
1.	Bedeutung der Vertraulichkeit im Arbeitsrecht	224
2.	Vertraulichkeit im Gütetermin	225
3.	Vertraulichkeit im Güterichterverfahren	225
a)	Ausgestaltung der Vertraulichkeit	225
b)	Schwachstellen im Schutz der Vertraulichkeit	227
c)	Ansätze zur Verbesserung der Vertraulichkeit	229
4.	Vertraulichkeit in einer außergerichtlichen Konfliktbeilegung	231
VI.	Verjährungs- und Ausschlussfristen	233
VII.	Fazit	237
C.	Leitbild der Parteien im Vergleich	238
I.	Einfluss auf die Einleitung des Verfahrens	238
II.	Einfluss auf die Auswahl des Verfahrensleiters	239
III.	Einfluss auf die Durchführung des Verfahrens	240
IV.	Einfluss auf die Beendigung des Verfahrens	243
V.	Fazit	243
D.	Leitbild des Verfahrensleiters im Vergleich	243
I.	Entscheidungsbefugnis	244
1.	Letztentscheidungsbefugnis	244
2.	Anordnung persönlichen Erscheinens	246
3.	Weitere Einzelbefugnisse	248
II.	Fachliche Qualifikation	250
III.	Unabhängigkeit	251

IV.	Haftung	253
V.	Eingriffe zugunsten der schwächeren Partei	254
1.	Materielle Prozessleitungspflicht	255
2.	Gewährung rechtlichen Gehörs	257
3.	Schutzpflicht aus dem Rechtsstaatsprinzip	259
VI.	Fazit	262
E.	Umstände der Verfahrensbeendigung im Vergleich	263
I.	Vollstreckbarkeit	263
II.	Festsetzung des Streitwertes	267
III.	Kosten	269
1.	Kosten des Güetermins	270
2.	Kosten des Güterichterverfahrens	271
3.	Kosten im § 54a ArbGG-Verfahren	273
a)	Kostenpositionen	273
b)	Kostenhilfe	274
c)	Kostensanktionen	278
IV.	Fazit	281
F.	Ergebnis	281

3. Teil

Zusammenschau – Systematisierung, Optimierung und Schlussbetrachtung 282

§ 9	Systematisierung der Verweiskriterien	282
A.	Darstellung verschiedener Verfahrensauswahlprozesse	282
I.	Multi-Door-Courthouse als US-amerikanisches Vorbild	283
1.	Konzeptionelle Grundlagen des Multi-Door-Courthouse-Modells	283
2.	Praktische Umsetzung in Washington D. C.	284
3.	Praktische Umsetzung in Cambridge, MA	285
II.	Prüfung anhand der Konfliktnähe	286
III.	Zwei- und dreischrittige Prüfraster	287
IV.	Ausdifferenzierte Prüfmatrix	289
B.	Übertragbarkeit der Auswahlprozesse auf die Verweisung	289
I.	Übertragbarkeit des Multi-Door-Courthouse-Modells	289
II.	Übertragbarkeit der Konfliktnähe	290
III.	Übertragbarkeit des ausdifferenzierten Prüfrasters	291
IV.	Übertragbarkeit der zwei- und dreischrittigen Prüfraster	291
1.	Eignungs- und Ausschlussgründe	291
2.	Grob- und Feinfilter	292
C.	Eigener Ansatz: Kontextualisierter Dreiklang	293
I.	Kontextualisierung anhand des Zeitpunkts	293

1. Sachgerechte Zeitpunkte für die Verweisung	294
2. Relevanz des Zeitpunkts für die Verweiskriterien	296
II. Kontextualisierung anhand der Interdependenz	297
III. Dreiklang aus materiellen, formellen und funktionellen Kriterien ...	298
§ 10 Rechtspolitische Handlungsfelder	299
A. Lehren aus dem Misserfolg des Adhäsionsverfahrens	299
I. Gründe für den Misserfolg	299
II. Lehren für das Güterichterverfahren	301
1. Fortbildung der Spruchrichter	301
2. Sperrwirkung für Folgeverfahren?	302
III. Fazit	302
B. Reformbedarf des Güterichtermodells	303
I. Vertraulichkeit des Güterichterverfahrens	303
II. Einsatz gerichtlicher Güterichterkoordinatoren	304
III. Gerichts-, instanz- oder rechtswegübergreifender Güterichtereinsatz	306
IV. Einführung qualitativer Kontrollmechanismen	309
V. Fazit	310
C. Rechtspolitischer Ausblick	310
§ 11 Thesen	312
Literaturverzeichnis	317
Stichwortverzeichnis	343

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADR	Alternative Dispute Resolution
a. E.	am Ende
AEntG	Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AK	Alternativkommentar
AktO	Aktenordnung
Alt.	Alternative
AntidiskriminierungsG	Antidiskriminierungsgesetz
AnwBl	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbnErfG	Arbeitnehmererfindungsgesetz
ArbRB	Der Arbeits-Rechts-Berater
ARRG-EKD	Arbeitsrechtsregelungsgesetz der Evangelischen Kirche in Deutschland
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BaWü	Baden-Württemberg
BaySchlG	Bayerisches Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung in Zivilsachen und zur Änderung gerichtsverfahrensrechtlicher Vorschriften
BB	Betriebs-Berater
BBG	Bundesbeamtengesetz
BBiG	Berufsbildungsgesetz
Bd.	Band

BeamStG	Beamtenstatusgesetz
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BJ	Betrifft Justiz
BLJ	Bucerius Law Journal
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BORA	Berufsordnung der Rechtsanwälte
BR	Bundesrat
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BReg	Bundesregierung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSG	Bundessozialgericht
Bsp.	Beispiel(e)
BT	Bundestag
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BUrlG	Mindesturlaubsgesetz für Arbeitnehmer
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CCMA	Commission for Conciliation, Mediation and Arbitration
CPO	Civilprozessordnung
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DJT	Deutscher Juristentag
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
EBRG	Gesetz über europäische Betriebsräte
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
Einl.	Einleitung
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland

EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
et al.	und andere
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
e. V.	eingetragener Verein
f./ff.	folgende
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FG	Festgabe
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote(n)
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht
FS	Festschrift
GG	Grundgesetz
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gedächtnisschrift
GüSchlG NRW	Gesetz über die Anerkennung von Gütestellen i. S. d. § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozeßordnung und die obligatorische außergerichtliche Streitschlichtung in Nordrhein-Westfalen
GV. NRW.	Gesetzes- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen
GVBl.	Bayerisches Gesetzes- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HAG	Heimarbeitsgesetz
Hdb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
HK	Handkommentar
h. L.	herrschende Literaturmeinung
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
ICC	International Chamber of Commerce
i. d. S.	in diesem Sinne
i. E.	im Ergebnis
IPR	Internationales Privatrecht
i. S. d.	im Sinne de(t/s)
i. S. e.	im Sinne eine(t/s)
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit

JA	Juristische Arbeitsblätter
JJb	Juristen-Jahrbuch
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JVEG	Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz
JVKostO	Justizverwaltungskostenordnung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KV	Kostenverzeichnis
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
lit.	littera (Buchstabe)
LSG	Landessozialgericht
MarkenG	Markengesetz
m. a. W.	mit anderen Worten
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MediationsG	Mediationsgesetz
MiLoG	Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns
MüArbR	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NBG	Niedersächsisches Beamtengesetz
n. F.	neue Fassung
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
Nr.	Nummer
NRV-Info	Neue Richtervereinigung e. V. – Info
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungs-Report
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht – Rechtsprechungs-Report
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
o. J.	Ohne Jahresangabe
OK	Online-Kommentar
OLG	Oberlandesgericht
OpferRRG	Opferrechtsreformgesetz
Österreichische RZ	Österreichische Richterzeitung
OVG	Oberverwaltungsgericht
öZivMediatG	Österreichisches Bundesgesetz über Mediation in Zivilrechts- sachen
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz

PatentG	Patentgesetz
PFormB	Prozessformularhandbuch
ProdHG	Produkthaftungsgesetz
ProstG	Prostitutionsgesetz
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdA	Recht der Arbeit
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RegE	Regierungsentwurf
RH	Richterhandbuch
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
s./S.	siehe/Seite
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SchlHA	Justizministerialblatt Schleswig-Holstein
Schwbg	Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
SGG	Sozialgerichtsgesetz
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannte(r/s)
SprAuG	Gesetz über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten
SRa	Sozialrecht Aktuell
SteuK	Steuerrecht kurzgefasst
StGB	Strafgesetzbuch
SubvG	Gesetz gegen mißbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen
TVG	Tarifvertragsgesetz
TzBfG	Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge und andere
u. a.	
Urt.	Urteil
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v.	vom/von
Var.	Variante
v. Chr.	vor Christus
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
VSBG	Gesetz über die alternative Streitbeilegung in Verbrauchersachen
VV	Vergütungsverzeichnis
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

WzS	Wege zur Sozialsicherung
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
Zfa	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZFSP	Zeitschrift für Sozialpsychologie
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZKM	Zeitschrift für Konfliktmanagement
ZMediatAusbV	Verordnung über die Aus- und Fortbildung von zertifizierten Mediatoren
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zzgl.	zuzüglich
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

1. Teil

Grundlegung – Geschichte, dogmatische Einordnung und Theorie des Ermessens

„Das brauchen wir nicht!“¹ war die einmütige Meinung der Präsidenten der deutschen Landesarbeitsgerichte auf ihrer 73. Konferenz im Mai 2011. Gleichwohl goss der Gesetzgeber den Güterichter wenig später in § 54 Abs. 6 ArbGG und trug damit die alternative Konfliktbeilegung in die Arbeitsgerichte hinein.² Hatten die Gerichtspräsidenten also Unrecht?

Fest steht jedenfalls, dass das deutsche Arbeitsrecht seit jeher Raum für alternative Konfliktbeilegung lässt. Während es sie früher vorwiegend tolerierte, fördert es sie heute zunehmend aktiv. Nicht zuletzt deshalb bilden sich stetig neue Formen der Konfliktbeilegung heraus, welche die vorhandenen Konfliktbeilegungsmöglichkeiten erweitern. Die Einführung des Güterichters war eine von ihnen.

§ 1 Einführung

A. Einordnung in den Stand der Forschung

Das Güterichtermodell bietet eine neue Arena, in die sich das lange geführte Gefecht zwischen Befürwortern und Kritikern der alternativen Konfliktbeilegung verlagert hat. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht dabei die Mediation, deren sich Güterichter in aller Regel bedienen.³ In den 1990er Jahren aus den Vereinigten Staaten nach Europa herübergeschwappt ist sie in Deutschland vergleichsweise jung.⁴ Durch die europäische Mediationsrichtlinie⁵ und das diese

¹ So *Kotzian-Marggraf*, ZKM 2012, 123.

² Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung (MediationsG) i. d. F. v. 21.07.2012, BGBl. I S. 1577.

³ Eingehend hierzu unten in dem Abschnitt: Abstrakte Eignungskriterien für eine Verweisung, S. 119.

⁴ Eingehend hierzu unten in dem Abschnitt: Tour d’horizon durch die Ideengeschichte zum Güterichter, S. 31.

⁵ Richtlinie 2008/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.05.2008 über bestimmte Aspekte der Mediation in Zivil- und Handelssachen, ABl. EU Nr. L 136, 3–8.

umsetzende Mediationsgesetz hat die Mediation hierzulande in den vergangenen Jahren eine Aufwertung erfahren, die auch auf das Arbeitsrecht als eines ihrer vielversprechendsten Anwendungsfelder ausstrahlt.⁶

Die Figur des Güterichters ist kein Experiment; vielmehr wurden in ihr die seit dem Jahre 2001 durchgeführten Modellprojekte verschiedener Bundesländer kodifiziert.⁷ Nicht zuletzt deshalb wurde der Güterichter im Schrifttum vielfach als „alter Wein in neuen Schläuchen“ abgeurteilt und ohne vertiefende Befassung beiseite geschoben.⁸ Damit machte man es sich indes allzu leicht, ist doch vieles, was zu den Modellprojekten der Bundesländer erarbeitet wurde, durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen überholt.

In der Literatur existieren punktuelle Beiträge und umfangreiche Monographien über die Vorzüge und die Risiken der arbeitsrechtlichen Mediation, insbesondere über die lange umstrittene gerichtsinterne Mediation.⁹ Demgegenüber thematisieren bislang nur wenige Beiträge die Zwitterstellung des Güterichters, die Besonderheiten seiner Einbindung in das gerichtliche Verfahren sowie die Koordinierung an den Gabelstellen zwischen gerichtlicher und außergerichtlicher Konfliktbeilegung.¹⁰ Soweit vorhanden, sind sie primär praxisorientiert und selten auf die Besonderheiten des Arbeitsrechts zugeschnitten. Die hier bestehende Lücke soll die vorliegende Arbeit schließen.

B. Terminologie

Jede wissenschaftliche Arbeit beginnt mit der Klärung der Begriffe, die sie verwendet. Dies ist umso mehr im Bereich der alternativen Konfliktbeilegung

⁶ Eingehend hierzu unten in dem Abschnitt: Entwicklungslinien der Mediation, S. 36.

⁷ Eingehend hierzu unten in dem Abschnitt: Erprobungsphase in State Laboratories, S. 46.

⁸ In diese Richtung z. B. *Diop/Steinbrecher*, BB 2012, 3023, 3025 (Zivilrecht); *Fritz/Schroeder*, NJW 2014, 1910 (Zivilrecht); *Ortloff*, NVwZ 2012, 1057 (Verwaltungsrecht).

⁹ Z. B. *Albrecht*, Mediation im Arbeitsrecht, Individualarbeits- und Betriebsverfassungsrecht, 2001; *Andrelang*, Mediation im Arbeitsrecht, Verfahrenskompetenzen und Mediabilitätskriterien, 2003; *Ayad*, Friede im Betrieb?, 2005; *von Bargen*, Gerichtsinterne Mediation, 2008; *Groth*, Mediation im arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahren, 2017; *Hornfeld*, Arbeitsgerichtliche Mediation und ihre Chancen als Justizdienstleistung der Zukunft, 2006; *Lembke*, Mediation im Arbeitsrecht, Grundlagen, Techniken und Chancen, 2001; *Nink*, Mediation im Arbeitsrecht, Möglichkeiten, Anwendungsbereiche, Umsetzung, 2016; *Pilartz*, Mediation im Arbeitsrecht, 2012; *Volkmann*, Gerichtsinterne Mediation, 2006; *Zartmann*, Mediation im Arbeitsrecht, 2003.

¹⁰ Z. B. *Engel/Hornuf*, ZfP 124 (2011), 505, 513; *Rixen/Zeitlmann*, in: GS Unberath, 2015, S. 381, 384 (Sozialrecht); *Wendland*, Mediation und Zivilprozess, 2017, S. 498 ff.

geboten, bei der es weitenteils an einer Kodifikation fehlt. Nicht zuletzt aus diesem Grund driftet die Terminologie im Schrifttum bisweilen auseinander.

Einer der in dieser Arbeit besonders häufig verwendeten Begriffe ist der des Konflikts. Zu ihm finden sich in der Literatur verschiedene, teils mehr und teils weniger ausdifferenzierte Definitionen.¹¹ Für den hiesigen Gebrauch sei festgehalten, dass der Begriff nicht nur den rechtlich fassbaren Teil, sondern auch den dahinterstehenden sozialen Konflikt beschreibt. Durch eine bestimmte Aktion oder Reaktion der Konfliktverarbeitung kann sich ein solcher sozialer Konflikt zu einem Rechtsstreit entwickeln, er muss es aber nicht.

Der Begriff der Partei orientiert sich nicht am prozessualen Parteibegriff, sondern an dem des MediationsG. Demnach ist er weit gefasst.¹² Am ehesten ähnelt er dem materiellrechtlichen Begriff der Vertragspartei, indes erfasst er nicht allein natürliche und juristische Personen, sondern auch betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmungsorgane wie den Betriebsrat. Damit kann er auch für solche Verfahrensordnungen verwendet werden, in denen von Beteiligten die Rede ist, wie dem arbeitsrechtlichen Beschlussverfahren.¹³ Zugleich erfasst der Begriff der Partei aber auch nur denjenigen, der einen Rechtsstreit betreibt, und nicht den in sonstiger Weise daran mitwirkenden Dritten.¹⁴

Um Missverständnissen vorzubeugen sei zudem auf eine Besonderheit für die Begriffe Gütetermin, Güteverhandlung und Güterichterverfahren hingewiesen. Eine Güteverhandlung i. S. d. § 54 ArbGG kann nach Abs. 1 vor dem Spruchrichter oder nach Abs. 6 vor dem Güterichter stattfinden. Um beide Verhandlungen sprachlich deutlich voneinander abzugrenzen, bezeichnet die Arbeit das Verfahren nach Abs. 6 fortan als Güterichterverfahren und das in Abs. 1 beschriebene als Gütetermin.

Der Begriff der Mediation, der Begriff des § 54a ArbGG-Verfahrens und der Begriff der Verweisung werden in den jeweiligen Abschnitten erläutert.¹⁵

¹¹ Eingehend *Glasi*, Konfliktmanagement, 2013, S. 13 ff.; ferner *Breidenbach*, Mediation, 1995, S. 5; *Schreiber*, Konsensuale Streitbehandlung, 2013, S. 18 (Sozialrecht).

¹² Statt vieler *Fritz*, in: *Fritz/Pielsticker* (Hrsg.), MediationsG, 2013, § 1 MediationsG Rn. 9.

¹³ RegE MediationsG BT-Drs. 17/5335, S. 13, BR-Drs. 60/11, S. 18.

¹⁴ Ähnlich zu dem Parteibegriff im MediationsG *Greger*, in: *Greger/Unberath/Steffek* (Hrsg.), Recht der alternativen Konfliktlösung, 2016, B § 1 MediationsG Rn. 61.

¹⁵ Eingehend hierzu unten in den Abschnitten: Begriff der Mediation, S. 35, Vorschlagsrecht nach § 54a ArbGG, S. 207, sowie Prozessuale Folgen der Verweisung vor den Güterichter, S. 67.